

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt
Rieser Verlag
Grunnd Nr. 20
Postfach Nr. 22

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhennersdorf, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptkolonats Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1390.
Telefon
Riesa Nr. 22

Nr. 241.

Dienstag, 15. Oktober 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Umzuges von Produktionsverteilungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabertages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennig, zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kuffschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erzielt, wenn der Bezug verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage "Sag' mir an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gertschstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Keine Verschiebungen.

So ein Standa, wie er jetzt die Reichshauptstadt seit Wochen in lebhaftester Bewegung hält, ist in mehr als einer Beziehung unheimlich. Man kann nie wissen, was dabei noch alles herauskommt. Wenn auch gewisse Gerüchte übertrieben sein mögen, die jetzt auf dem Autohof und in der Stadtbahn von Mund zu Mund gehen, so sind wir doch zweifellos noch nicht am Ende. Die Untersuchung findet gegenwärtig unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, weil sich die Staatsanwaltschaft die außergerichtlichen Vernehmungen im Interesse einer schnellen Klärung der Sachlage vorbehalten hat. So mußte der Reinigungsbetrieb der Stadtverwaltung selbst noch eine Weile gebremst werden.

Doppelt unheimlich ist die gesamte Lage, weil die Stadtverordnetenwahlen vor der Tür stehen. Eine bemerkenswerte Unruhe hat sich allen Parteien mitgeteilt. Schon die Namen, die bisher der Öffentlichkeit genannt worden sind, deuten daraufhin, daß von Herrn Bruhn bis zu Herrn Gabel ungefähr alles in die Klare-Äffäre verwickelt ist, was sich in Berlin, im Dienste der "Allgemeinheit" betätigt. Wenn man nun die Wahlvorschlüsse für die Stadtverordnetenwahlen einreicht, dann könnte das fürchterliche Unglück passieren, daß bei dieser oder jener Partei ein Name an prominenter Stelle steht, der schlichtlich auch noch in eine anrüchliche Verbindung mit der Klare-Äffäre gebracht werden kann. Man muß ohne weiteres zugeben, daß ein solches Mißgeschick äußerst fatal wäre. Die davon betroffene Partei würde noch so oft versichern, sie trete für die Ausrottung der Korruption mit Stumpf und Stiel ein, niemand würde es ihr glauben, und die Wählerschaft würde mindestens für dieses Mal zur Konkurrenz gehen. Da ist es schon leichter, man macht es so wie die Demokraten, die für die Berliner Stadtverordnetenwahlen nur solche Bewerber aufstellen wollen, die nichts Geschäftliches mit der Stadt zu tun haben. Eine absolute Sicherheit ist freilich auch damit nicht geschaffen. Denn die Nationalsozialisten, die sich fürzlich in dem rechtsradikalen Städtchen Koburg den maßgebenden Einfluß auf die Stadtverwaltung erobert haben, sind mit großem Erfolge dazu übergegangen, ihre amtlichen Stellen zu persönlichen Geschäften auszunutzen. Die strengsten Verbote werden da nichts helfen, solange nicht eine andere Auffassung der Beamtenpflichten Platz greift. Wir sind aber heute leider soweit gekommen, daß gewisse Beamtenstellen vielfach von ihren Inhabern als eine nachträgliche Erlöse angesehen werden, und daß man ganz und gar die Verpflichtungen vergessen hat, die das Gegenstück zu der Sicherung der wirtschaftlichen Lage der Stadtverwaltung bilden.

Es ist also im gegenwärtigen Augenblick allen Parteien nicht wohl zumute. Jede von ihnen möchte vermeiden, daß sich diese Korruptionsaffäre auch noch in das neue Stadtparlament hineinschiebt. Deshalb ist von einigen anscheinend besonders interessierten Kreisen der Gedanke vertreten worden, man möge doch die Stadtverordnetenwahlen für Berlin um zwei Monate verschieben, damit bis dahin nach der persönlichen Seite hin Klarheit über den Klare-Äffäre geschaffen werden kann. Es ist nicht anzunehmen, daß dieser Gedanke Wirklichkeit wird. Dazu sind die gesetzlichen Voraussetzungen allzu schwer zu schaffen. Es wäre aber auch nicht gut, wenn man lediglich mit Rücksicht auf den Klare-Äffäre den Mandat der jetzigen Stadtverordnetenversammlung verlängern wollte. Denn wer gibt die Gewähr dafür, daß bis zum Januar dieser Ratsperiode von Standaaffären keine volle Klärung gefunden hätte. Ist es nicht vielmehr wahrscheinlich, daß sich bis dahin noch eine ganze Anzahl neuer Fälle aufgefunden werden, durch die wiederum neue Persönlichkeiten belastet werden. Glaubt man wirklich, auch nur eine annähernde Sicherheit dafür zu haben, daß sich nicht im Laufe der Untersuchung noch ganz andere Belastungen ergeben. Will man es unter solchen Umständen wagen, das Mandat der Stadtverordnetenversammlung immer weiter zu verlängern, nur aus der Furcht heraus, irgend einer der neuwählten Stadtväter könnte belastet sein? Davor, daß eine Persönlichkeit, der die Partei das Vertrauen spendet vom Vertrauen der Bürgerlichkeit kann man ja bei unserem heutigen Offenwahlnrecht überhaupt nicht mehr reden; dieses Vertrauen enttäuscht, werden wir niemals sicher sein.

Deshalb darf eine Verschiebung der Berliner Stadtverordnetenwahlen unter keinen Umständen stattfinden. Es handelt sich dabei um eine Angelegenheit, die nicht nur die Reichshauptstadt allein angeht, sondern für die sich auch eine weitere Öffentlichkeit interessiert. Denn es wäre ein beschämendes Armutszeugnis für die verschiedenen politischen Parteien, wenn sie es sich nicht mehr zutrauen, sich aus den Fingern des Volkes die Korruption zu betreiben. Wenn alle die jetzt aufgedeckten und noch vorzunehmenden Fälle in voller Öffentlichkeit behandelt werden, wenn man mit der gebotenen scharfen Schärfe aber ohne Spitzrittererei davangeht, schädliche Elemente hinauszutun, dann muß man mit der Zeit dahinkommen, die Atmosphäre von den äblen Dünsten dieser Korruption wieder zu reinigen. Es wäre bedauerlich und sachlich unangebracht, wenn man diese Klare-Äffäre und alles, was damit zusammenhängt, zu einer parteipolitischen Propaganda benutzen wollte, deren Spitze sich gegen einzelne Persönlichkeiten richtet.

Wohl aber ist es dringend erforderlich, daß die Wählerschaft klipp und klar ihre Meinung über das jetzige System der Wertschaft zu erkennen gibt, jedes System der

Führende Persönlichkeiten gegen das Volksbegehren. Entgegnung des Landesauschusses.

Die am Sonnabend der vorigen Woche angekündigte Kundgebung der Reichsregierung, die am Sonntag oder am Montag herauskommen sollte und in der alle jene Punkte zusammengefaßt sein sollten, die gegen das Engenberger-Volksbegehren sprechen, ist nicht erschienen. Dafür wird eine Kundgebung veröffentlicht, die von Persönlichkeiten aus Kunst, Wissenschaft, Kultur und Politik, sowie von den Mitgliedern der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung unterschrieben ist. In diesem Aufruf heißt es u. a.:

Seit mehr als zehn Jahren kämpft das deutsche Volk gegen die ungeheuren Lasten, die ihm der Vertrag von Versailles als Folge eines heldenhaft geführten, aber verlorenen Krieges auferlegt hat. Nach einer Epoche, in der die Siegerstaaten durch Anwendung einer ungemessenen Machtpolitik Deutschland ihren Willen aufzunutzen suchten, einer Epoche, die Deutschland nahe an den Rand des Abgrundes brachte, gelang es endlich den deutschen Vehmungen, einen Umkehrpunkt herbeizuführen. Andere Methoden der Politik kamen zur Geltung und schützten unser Vaterland vor den drohenden Gefahren. Auf die Zeit der Gewalt und der einseitigen Diktate folgte die Zeit der Unterhandlungen und der Verständigung. Die Vernunft setzte sich durch. Deutsche Männer traten hervor, deren Herz und klaren Kopfes, unbekümmert um den Fanatismus, der ihnen aus dem eigenen Volke entgegenkam: Diese Männer wies den Weg in die bessere Zukunft. Sie setzten sich immer mehr, daß nur auf diesem Wege das Ziel der Befreiung Deutschlands erreicht werden konnte.

Das Ergebnis dieser mühsamen, aber allein möglichen Politik ist, daß sich die Stellung Deutschlands unter den Völkern wieder erhobelt hat. Jetzt steht in kurzer Zeit die Befreiung des Rheinlandes von fremder Besatzung bevor. Die Reparationen sollen um erhebliche Jahresbeträge herabgesetzt werden, die dem Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft zugute kommen werden. Die Souveränität der deutschen Finanzen und der deutschen Wirtschaft soll wieder hergestellt werden. Es sind Verhandlungen eingeleitet, um auch das Saargebiet mit dem übrigen Deutschland wieder zu vereinen. Gewiß sind damit noch nicht alle Aufgaben der deutschen Politik erfüllt, aber es ist der Weg eröffnet, um den Wiederaufbau Deutschlands zu Ende zu führen und unserm Lande die Zukunft zu sichern, auf die es ein Recht hat.

Diese Entwicklung soll jetzt mit einmal abgebrochen werden. Ein Volksbegehren soll zustandegebracht werden, das die grundsätzliche Abkehr von der Politik der Verhandlungen und der Verständigung verlangt und das den Anschein zu erwecken sucht, das Deutschland jetzt seine Wünsche und Forderungen den Siegern des Weltkrieges aufzuzwingen könnte. Deutschland soll sich loslösen von den Haager Vereinbarungen über die Befreiung des Rheinlandes; man glaubt durch einseitige deutsche Beschlüsse die fremden Truppen aus den besetzten Gebieten herausbringen zu können. Deutschland soll die schwebenden Verhandlungen über die Erfleichungen der Reparationslasten abbrechen und an den unerfüllbaren Bedingungen des Dawes-Planes festhalten, um so eine finanzielle und wirtschaftliche Katastrophe herbeizuführen, deren unabsehbare Folgen jeder einzelne Deutsche zu tragen haben würde. Ein solcher Plan ist keine ernsthafte, verantwortungsvolle Politik. Kein vernünftiger denkender Deutscher, dem der Wiederaufstieg seines Vaterlandes am Herzen liegt, kann ein solches Vorhaben fördern. Das ganze Volksbegehren ist auf einer offenkundigen Unerschlichkeit aufgebaut. Es stützt sich auf die unrichtige Behauptung, daß die bisherige deutsche Außenpolitik auf der Anerkennung der Kriegsschuld Deutschlands beruhe und daß die deutsche Regierung den Kriegsschuldartikel des Versailler Vertrages nur schriftlich zu widerrufen brauche, um Deutschland von allen Lasten und Pflichten des Vertrages zu befreien. Niemand hat Deutschland den einseitigen Schuldpruch des Versailler Vertrages anerkannt. Jede deutsche Regierung hat dieses Unrecht in feierlichen Erklärungen zurückgewiesen. Der Erfolg dieser Arbeit tritt immer deutlicher zutage. Der Glaube an das Märchen von der Allein Schuld Deutschlands schwindet immer mehr. Das Volksbegehren würde diese hoffnungsvolle Entwicklung um Jahre zurückwerfen.

Das deutsche Volk hat jetzt zwischen Vernunft und Unfug zu wählen. Wer nicht in kürzester Verlebendung den Bemühungen um den Wiederaufstieg des Vaterlandes in den Arm fallen will, muß diesem Volksbegehren fernbleiben. Wer es unterschreibt, fördert die Verletzung und die Verflistung des deutschen Volkes.

Dieser Aufruf trägt u. a. folgende Unterschriften:
A d e n a u e r, Oberbürgermeister von Köln, Dr. Blüher, Oberbürgermeister von Dresden, Braun, preussischer

Verfassung privater und öffentlicher Interessen, das uns geradezu die Bruchstücke solcher Korruptionsverbrechen zu bilden scheint. Immer wieder haben weitverbreitete Kommunalpolitiker aller bürgerlichen Gruppen auf die Schäden des Systems hingewiesen. Aber der parteipolitische Doktrinarismus, dem ein großer Teil unseres Volkes

Ministerpräsident, Dr. Curtius, Reichswirtschaftsminister, Deit, anhaltischer Ministerpräsident, Dietrich, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Fuchs, Oberpräsident der Rheinprovinz, Dr. h. c. F r o e n e r, Reichswehrminister, von Guérard, Reichsminister der Justiz, Dr. von Harnack, Professor, Wirklicher Geheimrat, Gerhart Hauptmann, Agnetendorf, Dr. Hilferding, Reichsfinanzminister, Prof. Dr. Kahl, Geh. Justizrat, Frau Katharina von Kardorff, Berlin, Dr. Kälg, Professor Liebermann, Präsident der Akademie der Künste, Dr. Fuschel, Oberpräsident der Provinz Oberschlesien, Thomas Mann, München, Müller, Reichsfinanzler, Dr. Ruhlert, Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Ouden, Professor, Geheimrat, Dr. Peterßen, Präsident des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg, Dr. Schacht, Reichsbankpräsident, Dr. Schädl, Reichspostminister, Dr. Schmitt, badischer Staatspräsident, Seewering, Reichsinnenminister, Dr. h. c. Stegerwald, Reichsverkehrsminister, Dr. Waentig, Oberpräsident der Provinz Sachsen, Dr. Wirth, Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Wisseff, Reichsarbeitsminister.

Der Landesauschuss Sachsen für das Deutsche Volksbegehren erläßt hiergegen folgenden Aufruf:

Das Volksbegehren und seine Gegner.

Die Staatsgewalt geht vom Volke aus, so heißt es in der Reichsverfassung. Das Volk soll also Herr im Lande sein. Als Mittel der unmittelbaren Durchsetzung seines Willens sind ihm Volksbegehren und Volksentscheid gegeben und verfassungsmäßig garantiert worden. Das Volksbegehren für das deutsche Freiheitsgesetz steht unmittelbar bevor. Und nun ergreift sich das verfassungsmäßige Instrument, das die Reichsregierung als das die Geschäfte des Volkes führende Organ aufsteht und zum Angriff vorzweigt eben gegen dieses Volksbegehren. Eine planmäßige Aktion der Regierung und von Teilen der hinter ihr stehenden Parteien. Das Verhalten von Männern, die im Rundfunk oder auf anderen Wegen als Vertreter des Volkes gegen ein verfassungsmäßiges Recht des deutschen Volkes mit bisher nicht üblichen Mitteln zu Felde ziehen, sollte auch den bis jetzt beiseite Stehenden zeigen, welches Maß von abhandlungsfähigem Rechtsgefühl und mangelndem sittlichen Empfinden sich im Volke in den letzten zehn Jahren breit gemacht hat.

Mit erschreckender Deutlichkeit zeigt sich aber damit auch, daß sich der Angriff der Geisteskräfte nicht nur gegen das Volksbegehren richtet, sondern daß sich damit der Angriff marxistischen Ungehorsams, der sich schon tief ins Volk hineingekostet hat, verbindet. Es wird jetzt, daß das Volk endlich hellhörig wird und erkennt, daß es politisch und wirtschaftlich von den draußen stehenden Feinden totgeschlagen werden soll, soweit es nicht schon geschehen ist, und daß es im eigenen Innern jetzt den Kampf gegen die Angreifer zu bestehen hat, die ihm den Rest sittlicher, rechtlicher und nationaler Stärke nehmen wollen.

Um das geht es doch jetzt. Die Gegenseite macht ja auch kein Hehl daraus. Zief betrüblich ist dabei nur, daß sich in diese Front auch Kreise gestellt haben, die von Hause aus nicht dorthin gehören. Sie machen sich zu Bekämpfern des Volksbegehrens und empfinden nicht, daß sie sich damit zu Mitwirkern internationaler Interessen und marxistischer Denkmuster machen.

An den Straßennenden und Pflanzsäulen hängt ein Plakat "Stresemanns Vermächtnis". Es enthält einen Auszug aus der letzten Entschließung des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei und stellt eine Verzerrung dar, die auch in den Reihen der Deutschen Volkspartei auf wenig Verständnis stößt.

Das Volksbegehren will das deutsche Volk auf ehrliche Weise von der Tributpflicht befreien. Das wird als "Insamie" und "frivoles Spiel" bezeichnet. Eine Insamie ist die Kriegsschuldfrage unserer Feinde. Insam wäre, wenn ihre Zurücknahme nicht endlich gefordert würde. Eine Unerschlichkeit wäre es, wenn die deutsche Volkspartei wider bessere Ueberzeugung und in Erkenntnis der deutschen Zahlungsunfähigkeit trotzdem den Hauptplan annehmen würde.

Wenn der Name des toten Außenministers als Bollwerk gegen den beginnenden selbstbewußten Kampf eines nationalen Willens herangezogen wird, so genügt es auf das hinzuweisen, was der "Vordwärts" neulich schrieb: "Es ist kein Zufall, daß sich die große Zeitung Stresemanns immer mehr in den Bahnen bewegt, die von der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung vorgezeichnet waren" und dann innerpolitisch bedeutet der Tod des volksparteilichen Führers das Zerreißen des persönlichen

erlegen ist, hat es bisher nicht vermocht, sich durch einen klaren Blick in die Wirklichkeit davon zu überzeugen, daß hier vieles gebessert werden muß. Wenn diese Erkenntnis das Ergebnis des Klare-Äffäre sein sollte, dann wäre es einer der wenigen Fälle, wo wir einmal durch Schaden klug geworden wären.